

Frieden und Sicherheit – Stärkung der politischen Teilhabe von Frauen



In Workshops diskutieren Frauen darüber, was Frieden und Konflikt in ihrem Leben bedeuten. © Sabine Fründt/medica mondiale

Hintergrund

Frauen und Mädchen sind häufig die Hauptleidtragenden in Kriegen – an den politischen Entscheidungen über Frieden, Sicherheit und Wiederaufbau werden sie jedoch nur sehr selten beteiligt. Gleichwohl haben sich in vielen Konfliktgebieten Frauen in ihrem Umfeld als Friedensstifterinnen bewährt. Bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten wird ihnen in Fachkreisen schon länger eine besondere Rolle zugeschrieben.

Im März 2009 hat *medica mondiale* daher ein neues Projekt gestartet. Es soll Frauen in Afghanistan, Liberia und der Demokratischen Republik (DR) Kongo Wege aufzeigen, wie sie sich beim Friedensaufbau und an der Sicherheitspolitik ihres Landes wirkungsvoll beteiligen können. Nur durch ihre aktive Teilhabe können strukturelle und gesellschaftliche Veränderungen bewirkt werden, die Frauen langfristig vor Gewalt schützen.

Im Rahmen des dreijährigen Projektes erhalten die Aktivistinnen und Mitarbeiterinnen von Frauen- und Nichtregierungsorganisationen Fortbildungen in politischer Menschenrechtsarbeit und Konfliktlösung. Au-

ßerdem werden bestehende Friedensbündnisse gestärkt. In Netzwerktreffen erhalten die Aktivistinnen die Möglichkeit, ihre Erfahrungen untereinander auszutauschen, über politische Entwicklungen zu diskutieren und gemeinsam Strategien zu erarbeiten. So sollen die Solidarität der Frauen untereinander gefördert und das Wissen um Frauenrechte und ihre Umsetzung weitergegeben werden. Darüber hinaus werden die Frauen auch gemeinsam auf internationaler Ebene agieren. Zudem nehmen die Partnerinnen des Projekts die weltweite Kampagne „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“ zum Anlass, um in ihren Ländern auf die Gewalt gegen Frauen aufmerksam zu machen und durch Aktionen und Proteste mehr Schutz und Prävention vor Gewalt einzufordern.

medica mondiale kooperiert bei diesem Projekt mit der kongolesischen Partnerorganisation PAIF, der afghanischen Partnerin *Medica Afghanistan* und mit ISIS Europe aus Brüssel. In Liberia koordinieren die MitarbeiterInnen von *medica mondiale* Liberia die Projektaktivitäten. Die Europäische Kommission fördert das Projekt mit rund 700.000 Euro.

Aktivistinnen erheben ihre Stimmen

In Liberia nahm Ende 2010 das Frauennetzwerk an einer Konferenz zur regionalen Entwicklung in der Provinz Sinoe teil. Die VertreterInnen überreichten der lokalen Regierung ein Forderungspapier. Einer ihrer wichtigsten Apelle lautete, dass Frauen endlich an

politischen Entscheidungen beteiligt werden müssen. Zudem forderten sie faire Gerichtsverfahren sowie die konsequente Anwendung der geltenden Gesetze, die seit 2006 Vergewaltigung erstmals unter hohe Strafen stellen. Darüber hinaus organisierte das

Projektpartnerorganisationen:



Finanziert durch:



Frauenbündnis einen Protestmarsch in der Provinzhauptstadt Greenville, über den auch in lokalen Radiosendern berichtet wurde.

“Während des Krieges habe ich gemerkt, dass Frauen besonders verletzlich sind. Ich habe vor allem die vergewaltigten Frauen sehr bedauert: Kaum eine wurde medizinisch versorgt oder hatte die Chance auf ein bisschen Gerechtigkeit, die meisten waren nur wenig gebildet, auch nach dem Krieg hatten sie kaum Freiheiten, wurden von ihren Männern geschlagen und wie Sklavinnen behandelt. Angesichts all dessen, entschied ich, mich für die Stärkung der Frauen einzusetzen, ihr Leid zu verringern und ihnen neue Hoffnung zu bringen.“

Marlys Cheeseman, SEWODA, Liberia

In Afghanistan wurden die Mitglieder des afghanischen Frauennetzwerkes im Oktober 2010 in Kabul in politischer Menschenrechtsarbeit geschult. Kurz danach bot sich den Frauen die Gelegenheit, eines ihrer Themen im Rahmen der Kampagne „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“ in die Öffentlichkeit zu bringen. Die BündnispartnerInnen organisierten einen Runden Tisch mit RegierungsvertreterInnen, um auf die Verabschiedung des neuen afghanischen Familiengesetzes zu drängen. Während des Treffens machten sie den AmtsträgerInnen deutlich, dass die Umsetzung des Familiengesetzes einen wichtigen Schritt zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in Afghanistan darstellt. Das Gesetz sieht unter anderem vor, die Rechte von Frauen im Falle einer Ehescheidung zu stärken.

Internationaler Einsatz für Frauenrechte

Auf internationaler Ebene kommen im Juni und Juli 2011 sechs Delegierte aus den drei Ländern in Europa zusammen. Die Frauen tauschen sich zunächst in Köln bei einem internationalen Netzwerktreffen aus. Anschließend treffen sie PolitikerInnen im Bundestag in Berlin und nehmen an einer Anhörung im Menschenrechtsausschuss des Europaparlaments in Brüssel teil. Ziel ist es, den deutschen und europäischen PolitikerInnen die Lebensrealität der Frauen in Afghanistan, Liberia und der DR Kongo nahe zu bringen und über ihre Forderungen für die Friedensprozesse in ihren

“Ich träume davon, dass die Gewalt gegen afghanische Frauen endet und dass sich afghanische Frauen und Männer gleicher Rechte und Privilegien und Frauen respektvoll behandelt werden.“

Diba Hareer, Programmkoordinatorin von *Medica Afghanistan*

In der DR Kongo traf sich das kongolesische Netzwerk im Juni 2010 zu einem zweitägigen Fachaustausch in der Stadt Goma im Osten des Landes. Die Friedensaktivistinnen einigten sich darauf, die Umsetzung des nationalen Aktionsplans der UN Resolution 1325 gemeinsam voranzutreiben. Dazu veranstalteten sie ein Treffen mit VertreterInnen aus Regierung und Zivilgesellschaft, um über die mangelhafte Umsetzung der Inhalte der Resolution zu diskutieren. Eine Delegation des Netzwerks nahm im Oktober am internationalen Marsch der Frauen in der ostkongolesischen Stadt Bukavu teil, um gemeinsam mit rund 1.000 anderen Frauen den anhaltenden Krieg und die zunehmende Militarisierung in der DR Kongo anzuprangern und auf deren gravierende Folgen für Frauen aufmerksam zu machen.

Das erste Netzwerktreffen in Liberia: Die Frauen visualisieren ihre Gedanken.
© Inga Seifert/
medica mondiale



Ländern zu informieren. Vor allem werden sie die EntscheidungsträgerInnen an ihre Verantwortung erinnern, die UN-Sicherheitsratsresolutionen 1325 und 1820 endlich umzusetzen. Diese Resolutionen erkennen an, dass dauerhafter Friede nicht ohne die Beendigung von geschlechtsspezifischer Gewalt erreicht werden kann und fordern eine intensive Beteiligung von Frauen in der Friedens- und Sicherheitspolitik. Im direkten Kontakt und Austausch mit wichtigen politischen AkteurInnen der deutschen und europäischen Außen- und Sicherheitspolitik lernen die VertreterInnen der Friedensnetzwerke, wie sie sich vereint und selbstbewusst für ihre Anliegen und Interessen stark machen und diese in die Politik einbringen können.